

## INHALT

1. Harter Schlagabtausch über letzten rot-grün-blauen Haushalt
2. Koalition verweigert Polizei auf Druck der Grünen bessere Bewaffnung
3. Koalition hält trotz Aufständen in JVAen an Reform des Justizvollzugs fest
4. SPD, Grüne und SSW wollen Strafrecht bei Gewalt gegen Einsatzkräfte nicht ändern
5. SPD, Grüne und SSW verweigern Ausschussberatung über Städtebauförderung
6. Befristete Verträge für Lehrer bleiben ein Problem

21.09.2016

### **Harter Schlagabtausch über letzten rot-grün-blauen Haushalt CDU kritisiert erneut verfehlte Finanzpolitik von SPD, Grüne und SSW**



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Im Landtag ging es heute hart zur Sache. Grund war der Haushaltsentwurf für das kommende Haushaltsjahr, den die Landesregierung eingebracht hatte. CDU-Fraktionschef Daniel Günther hielt SPD, Grünen und SSW vor, damit die letzte Chance einer Kurskorrektur vertan zu haben. Von den zusätzlichen Mehreinnahmen, die diese Landesregierung zur Verfügung habe, käme bei den Menschen im Land nichts an, so der Kernvorwurf der CDU. Grund dafür seien die vielen neuen Bedarfe, die die rot-grün-blaue Regierungskoalition geschaffen habe.

Als Beispiel nannte Günther die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls. Trotz neugeschaffener Lehrerstellen sei an den Schulen davon nichts zu spüren, da sie unter anderem für die neuen

Oberstufen gebraucht würden und dadurch nicht für mehr Unterricht zur Verfügung stünden. Auch das 100-Euro-Kita-Geld der Koalition sei nichts weiter als ein Wahlgeschenk, mit dem SPD, Grüne und SSW vor allem die Kommunen kräftig vor den Kopf stoßen würden.

„Ihre Regierung, Herr Albig, wird als Regierung in die Annalen eingehen, die historisch gute Steuereinnahmen nicht genutzt hat, um das Land auf die Zukunft vorzubereiten“, sagte Günther an die Adresse des Ministerpräsidenten, der in der Landtagsdebatte der Finanzministerin den Vortritt überlassen hatte, den Haushalt vorzustellen.

Hart ins Gericht ging Günther mit der Landesregierung auch beim Thema Investitionen und Infrastruktur. So habe die Landesregierung erneut die Investitionsquote gesenkt. Magere 6,8 Prozent wolle sie nur noch in die Zukunft des Landes investieren. Dabei hinke Schleswig-Holstein gerade bei der Planung wichtiger Infrastrukturprojekte massiv hinterher.

„Mir kommen immer Tränen in die Augen, wenn ich Ihre Haushaltsposition lese: 3,8 Millionen Euro überweisen Sie an die Kommunen, um Ihr Vergabegesetz und das Antikorruptionsregister umzusetzen. Wie sinnvoll wäre es, dafür 76 Planungsingenieure einzustellen“, so der Fraktionsvorsitzende.

In seiner Haushaltsrede kritisierte der CDU-Fraktionschef weiter, dass Schleswig-Holstein in vielen Bereichen die „rote Laterne“ trage. Der Haushaltsentwurf sei leider ein „Weiter-So“ der letzten Jahre. Der Ministerpräsident und seine Regierung hätten ihre letzte Chance verpasst, ihren Kurs zu ändern, so Günther.

Kopfschütteln hatte bei der CDU die Entscheidung von Sozial- und Wissenschaftsministerin Alheit am Vortag ausgelöst, ihre angekündigte Regierungserklärung zur Hochschulpolitik für Mittwochmittag kurzfristig zurückziehen. „Jetzt wird es für Sie im Oktober doppelt unangenehm, denn es gibt ja keine einzige Entscheidung in Ihrer Amtszeit, die unsere Hochschulen zukunftsfähig gemacht hätten“, betonte Günther.

Nach dieser Ersten Lesung wird der Landtag im Dezember den Haushalt verabschieden. Bis dahin wird die CDU-Landtagsfraktion einen Gegenentwurf erarbeiten und in den Landtag einbringen.

Vollständige Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden

[http://www.cdu.ltsh.de/media/2016-09-21\\_Pressemeldung\\_5852.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/2016-09-21_Pressemeldung_5852.pdf)

---

## **Koalition verweigert Polizei auf Druck der Grünen bessere Bewaffnung Bernstein: Machterhalt geht dieser Koalition vor Verantwortung**

Nachdem am vergangenen Dienstag drei mutmaßliche IS-Terroristen festgenommen wurden, debattierte der Landtag heute im Rahmen einer aktuellen Stunde über Folgen für Schleswig-Holstein. Dabei ging es auch um das – laut Medienberichten – von Innenminister Studt ins Kabinett eingebrachte „Sicherheitspaket“. Es sieht unter anderem eine Bewaffnung der Streifenwagenbesatzungen mit dem Sturmgewehr G36 vor. Zwar stimmten SPD, Grüne und SSW der Ausrüstung mit besseren Schutzwesten, -helmen und -brillen zu. Die Entscheidung über das G36 wurde jedoch verschoben.

„Der Innenminister in Schleswig-Holstein hat die Notwendigkeit einer besseren Polizeiausstattung anerkannt und Nachbesserung ankündigt. SPD, Grüne und SSW verweigern ihm dafür die Zustimmung. Studt knickt einmal mehr ein. Machterhalt geht dieser Koalition vor

Verantwortung“, erklärte dazu CDU-Polizeiexperte Dr. Axel Bernstein in seiner Rede.

Der CDU-Abgeordnete unterstrich die Notwendigkeit einer ständigen Überprüfung, ob die Instrumente der Behörden ausreichen. Dazu gehöre auch die Sammlung notwendiger Informationen – in diesem Fall seien die entscheidenden Hinweise aus den USA gekommen. „Darüber können wir froh sein. Zusammenarbeit darf jedoch keine Einbahnstraße werden“, sagte Bernstein.

Alle denkbaren Maßnahmen böten keine Garantie dafür, dass geplante terroristische Aktivitäten immer rechtzeitig aufgedeckt und verhindert werden könnten. „Und deshalb muss unsere Polizei darauf vorbereitet sein, im schlimmsten Fall auch paramilitärisch ausgebildete und ausgerüstete Terroristen bis zum Eintreffen der Spezialkräfte in Schach zu halten. Es ist deshalb bitter, dass die Regierungsfractionen entsprechende Anträge des Innenministers blockieren“, so Bernstein.



Dr. Axel Bernstein, polizeipolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

---

### **Koalition hält trotz Aufständen in JVAen an Reform des Justizvollzugs fest SPD, Grüne und SSW lehnen Dringlichkeitsantrag der CDU ab**

Nach der JVA Neumünster wurde in dieser Woche auch aus Lübeck über einen „Aufstand“ der Gefangenen berichtet. Diese protestierten gegen den – laut Gesetz seit dem 01.09. vorgeschriebenen – nicht erfolgten Aufschluss, indem sie unter anderem brennende Gegenstände aus den Fenstern warfen. Noch in der vergangenen Woche hatte Ministerin Spoorendonk im Ausschuss erklärt, das Gesetz werde reibungslos umgesetzt. Personalmangel gebe es nur in Einzelfällen aus Krankheitsgründen. Auch in Kiel erfolgt allerdings laut Medieninformationen der Aufschluss aus Personalmangel nicht wie vorgesehen. Ebenfalls fehlt Personal, um die Außenkolonnen zur Arbeit zu begleiten.

Die CDU-Fraktion hatte genau davor gewarnt. Nach den Ereignissen in Lübeck stellte sie am Dienstag einen Dringlichkeitsantrag, mit dem die personalintensivsten Maßnahmen rückgängig gemacht werden sollen: „Die Erfahrungen der ersten Wochen zeigen, dass Ministerin Spoorendonk dieses Wunsch-Dir-Was-Gesetz nicht umsetzen kann. Auszubaden haben dieses von SPD, Grünen und SSW zu verantwortende eklatante Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit die Bediensteten. Der fortgesetzte Unmut in den Justizvollzugsanstalten wird zunehmend zum Sicherheitsrisiko“, begründete der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther den Antrag.

Ebenfalls am Dienstag bewilligte das Kabinett nun doch 20 weitere Stellen für JVA-Bedienstete.

Dies habe, erklärten Koalitionäre, allerdings nichts mit dem neuen Gesetz zu tun. Vielmehr werde die Situation der Bediensteten weiter verbessert.

Zu einer Debatte im Parlament kam es heute nicht – die Regierungsfractionen lehnten bereits die Dringlichkeit ab. SPD- Fraktionschef Stegner bezeichnete den Antrag als „politischen Klamauk“.

„Das Gesetz ist seit 20 Tagen in Kraft. Bereits in dieser kurzen Zeit sind aus zwei Justizvollzugsanstalten Proteste öffentlich geworden. Aus allen Anstalten ist bekannt, dass das Personal zur Umsetzung des Gesetzes nicht ausreicht. Daran ändern die heute für das kommende Jahr bewilligten 20 Stellen überhaupt nichts. Die fortgesetzte Unruhe wird zunehmend zum Sicherheitsrisiko – vor allem für die JVA-Bediensteten. Dass SPD, Grüne und SSW über dieses Thema eine Dringlichkeitsdebatte ablehnen, ist eine weitere Flucht aus der Verantwortung“, kommentierte Günther die Ablehnung.

---

### **SPD, Grüne und SSW wollen Strafrecht bei Gewalt gegen Einsatzkräfte nicht ändern Bernstein: Studts Nachdenken hilft den Polizisten überhaupt nicht**

SPD, Grüne und SSW haben den Antrag der CDU-Fraktion für eine Verschärfung des Strafrechtes bei Gewalt gegen Polizeibeamte in den Ausschuss verwiesen. Die Regierungsfractionen hatten kurz vor der Sitzung einen Änderungsantrag eingebracht, der zum Zeitpunkt des Versands dieses Newsletter noch nicht im Netz verfügbar war. Dieser spricht nur vage davon, „strafrechtliche Regelungen im Hinblick auf Schutzlücken zu prüfen“. Redner der Regierungsfractionen machten allerdings deutlich, dass es die von Studt beabsichtigte Verschärfung nicht geben wird. Sie wollen lediglich „ein deutliches und unmissverständliches Signal dahingehend zu setzen, dass Gewalt gegen Polizei- und andere Einsatzkräfte nicht toleriert wird.“ Dafür wollen sie sich intensiv in eine gesellschaftliche Debatte einbringen, die Schutzausstattung der Polizei verbessern und deren Einsatztraining stärken.

Pikant dabei: Erst in der vergangenen Woche hatte Innenminister Stefan Studt sich für eine solche Verschärfung ausgesprochen. Er räumte heute in seiner Rede ein, dass er – auch öffentlich - darüber „nachgedacht habe“, ob die Maßnahmen ausreichend sind. Er glaube, „wir müssen an der Stelle echt was tun“.

Der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Bernstein, warf den Regierungsfractionen vor, mit ihrem „weichgespülten Antrag“ einmal mehr die Polizeibeamten im Stich zu lassen. „Der Innenminister räumt auch hier öffentlich Handlungsbedarf an. Und auch hier verweigern SPD, Grüne und SSW fachlich gebotene Maßnahmen“, so Bernstein.

Hintergrund des CDU-Antrages waren sieben Angriffe gegen Polizisten allein am letzten Juliwochenende. Bis heute ist einer der damals verletzten Beamten nicht dienstfähig. Jedes Jahr werden in Schleswig-Holstein mehr als 1.000 Polizisten im Dienst tötlich angegriffen. Mehrere Hundert Ordnungshüter erleiden dabei Verletzungen.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4500/drucksache-18-4535.pdf>

## SPD, Grüne und SSW verweigern Ausschussberatung über Städtebauförderung CDU-Antrag auf Verbesserung der Förderrichtlinien wird abgelehnt

Erst am 09. September hatte sich der Rendsburger Bürgermeister – ein SPD-Mitglied – öffentlich massiv über den Umgang des Innenministeriums mit Förderanträgen im Städtebau beschwert – sprach wörtlich davon, das System habe total versagt. Auch aus anderen Kommunen gibt es massive Beschwerden.

„Viele Millionen Euro liegen brach, weil es an praktikabler Umsetzung und an Kommunikation mit den Bürgermeistern fehlt, eine Katastrophe!“, so die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, in ihrem heutigen Debattenbeitrag. Reaktionen auf Förderanträge bekämen die Städte und Gemeinden manchmal erst nach Jahren. „Dafür werden Maßnahmen nicht genehmigt, wenn dem Ministerium die Lampenschirme nicht gefallen“, nannte die Innenpolitikerin ein Beispiel. Teilweise seien Widerspruchsbescheide aus 2008/2009 und 2011 nicht beantwortet. „Die Förderpraxis des Innenministeriums legt den Städtebau lahm“, so Nicolaisen.

Deshalb hatte die CDU-Fraktion einen Antrag mit dem Ziel gestellt, die Förderpraxis zu verbessern (Link siehe unten). Dieser wurde heute – ohne Ausschussberatung – von den Regierungsfractionen abgelehnt. Das Land sei ein verlässlicher Partner der Kommunen, befanden die Koalitionäre unisono. Änderungen der Förderpraxis seien nicht nötig. Auf die Kritik der Bürgermeister – auch aus den eigenen Reihen – gingen sie nicht ein.

Konkret hatte die CDU fünf Punkte beantragt:

1. Reduzierung des Zinssatzes für Zweckentfremdungszinsen von derzeit fünf auf drei Prozentpunkte über Basiszinssatz
2. Flexibilisierung der Fristen für das Anfallen von Zweckentfremdungszinsen
3. Zuführung der Zweckentfremdungszinsen in das jeweilige Sondervermögen
4. Verbesserung der Zusammenarbeit des Ministeriums mit den Kommunen
5. Ein jährlich Schriftlicher Bericht an den Landtag

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4402.pdf>



Petra Nicolaisen, innenpolitische Sprecherin

## Befristete Verträge für Lehrer bleiben ein Problem CDU: Regierungskoalition hat ihre Versprechen gebrochen

Weniger Zeitverträge für Lehrer – so hatte es die rot-grün-blaue Landesregierung zu Beginn dieser Legislaturperiode groß angekündigt. Ein Konzept zur Reduzierung von Zeitarbeitsverträgen sollte Abhilfe schaffen. Vier Jahre später macht sich Enttäuschung breit. SPD, Grüne und SSW sind weit hinter ihren Versprechungen zurückgeblieben, so der Kernvorwurf der CDU. Heute stand das Thema auf der Tagesordnung des Landtages. CDU und FDP hatten einen gemeinsamen Antrag formuliert, um die befristete Beschäftigung von Lehrkräften zu reduzieren.

Zwei Kleine Anfragen von CDU und FDP hatten es zuvor ans Licht gebracht: Gab es 2013 noch rund 1.600 Zeitarbeitsverträge, waren es am 15. Juli dieses Jahres mehr als 2.300 befristete Arbeitsverträge. Nur drei Wochen später ließ das Bildungsministerium verlauten: Es gebe nur noch knapp 1.400 Zeitarbeitsverträge.

In der heutigen Landtagsdebatte stellte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion darum die Frage, was in der Zwischenzeit geschehen sei.

„Gibt es unbefristete Verträge und wenn ja wie viele? Oder sind wieder mal Lehrkräfte über die Sommerferien einfach entlassen worden? Das ist aus den Antworten auf die Anfragen nicht ersichtlich. Hier bleibt die Ministerin mit ihren Antworten im Nebulösen“, kritisierte Franzen. Gleichzeitig betonte sie: „Immer noch werden deutlich mehr junge Lehrkräfte mit befristeten Verträgen eingestellt als mit unbefristeten. Wenn diese Lehrkräfte dann vor den Sommerferien entlassen werden, haben sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I, eine besondere Härte.“



Bildungsexpertin Heike Franzen

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)